



Finanzminister Jonathan Gimmel (SP):
"Handlungsspielraum eingeschränkt. (Archivbild
Res Reinhard)

Anzahl Besuche: 89
11. September 2006, 22:25

Worb - Gemeindeparlament sagt Ja zum Finanzplan

Das Worber Gemeindeparlament hat den Finanzplan 2007/2012 einstimmig genehmigt. FDP und SVP rüttelten am mittelfristigen Steuerfuss: Für die SVP ist mit der heutigen Steueranlage "das Ziel noch nicht erreicht", die FDP will "Mittel und Wege finden, um vorwärts zu kommen".

Der Finanzplan 2007/2012 geht davon aus, dass die gegenwärtige Steueranlage von 1,60 Einheiten nicht verändert wird. 2004 war der Worber Steuersatz von 1,81 auf 1,70 Einheiten gesenkt worden, 2005 auf 1,60 Einheiten.

Gemeinderat Jonathan Gimmel (SP), Chef des Finanzressorts, sagte dem Parlament, der heutige Steuersatz sei gerade noch tragbar. Der finanzielle Handlungsspielraum bleibe eingeschränkt. Die Finanzlage hänge stark von der wirtschaftlichen Entwicklung, vom neuen Finanzausgleich des Bundes und vom revidierten bernischen Steuergesetz ab.

Im Parlament wurde der Finanzplan von SP und EVP uneingeschränkt unterstützt. Der FDP-Sprecher sagte, eine Steuersenkung sei gegenwärtig nicht opportun. Es sei aber für die Attraktivität der Gemeinde enorm wichtig, Mittel und Wege zu finden, um vorwärts zu kommen: "Wir wollen ein Worb, das anzieht!"

Der SVP-Sprecher sagte, im Finanzplan sei das Notwendige berücksichtigt und das Wünschbare gestrichen worden. Im Moment sei der Steuersatz richtig, aber: "Wir haben unsere Zielsetzungen in Sachen Steuerfuss noch nicht erreicht."

Im Hinblick auf den Finanzplan 2007/2012 hatte der Gemeinderat drei Steuervarianten durchgerechnet: 1,55 Einheiten, 1,60 Einheiten und 1,65 Einheiten.

Eine weitere Steuersenkung auf 1,55 wird im Finanzplan als „untragbar“ bezeichnet: „Die Verschuldung würde stark ansteigen.“ Eine Steuererhöhung auf 1,65 hätte zwar „positive Auswirkungen“, wird vom Gemeinderat aber aus Gründen der Kontinuität und Attraktivität abgelehnt.

Der Finanzplan 2007/2012 sieht anhaltend hohe Investitionen vor, primär in den Bereichen Wasser und Abwasser, Verkehrssanierung, Schulhäuser- und Gemeindestrassensanierungen. Bei den Lastenverteilungen der Sozialhilfe und der Sozialversicherungen sind starke Kostensteigerungen berücksichtigt.

Am 16. Oktober wird das Parlament den Voranschlag 2007 und damit auch den für das nächste Jahr geltenden Steuersatz festlegen.

www.worb.ch

[Martin Christen, martinchristen@gmx.ch]